

Förderung benachteiligter Provinzen

Ottawa hilft mit 2 Milliarden Dollar



Kanadas Wirtschaftswachstum – 6,1 Prozent in den ersten beiden Jahresvierteln – entwickelt sich in diesem Jahr weit aus günstiger, als dies die Experten erwartet hatten. Vergleichbare Industriestaaten hat Kanada damit weit hinter sich gelassen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD, die für Kanadas Wirtschaft bis Ende 1988 eine Wachstumsrate von etwa drei Prozent erwartet, hatte der kanadischen Wirtschaftsleistung schon 1986 einen Spitzenplatz unter den westlichen Industrienationen eingeräumt. Gleichzeitig hatte die OECD aber in ihrem Jahresbericht gewarnt, daß in Kanada regionale Disparitäten längerfristig den bemerkenswerten Wirtschaftsaufschwung gefährden könnten.

Es sind vor allem die Provinzen, deren Wirtschaft sich vornehmlich auf die Ausbeutung und Verarbeitung von Rohstoffen und auf landwirtschaftliche Erzeugnisse stützt, die wegen des weltweiten Preisverfalls für Rohstoffe, Erdöl und Getreide wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten sind: die kostspielige Erdölförderung vor der Atlantikküste, im hohen Norden und in Alberta (Teersand) wurden unrentabel. Die Farmer der Westprovinzen müssen ihr Getreide auf dem Weltmarkt zu Preisen anbieten, die nicht zuletzt wegen der hohen Exportsubventionen vieler Konkurrenten immer weniger Gewinn bringen.

Die kanadische Bundesregierung hat deshalb in diesem Sommer zwei Initiativen ausgearbeitet, die mittelfristig den benachteiligten Provinzen helfen sollen, ihre Wirtschaft zu diversifizieren, ihr somit zu einer breiteren Basis zu verhelfen und ihre einseitige Abhängigkeit von Rohstoffen zu verringern.

In den Atlantikprovinzen (Neufundland, New Brunswick, Nova Scotia, Prinz-Edward-Insel) übernimmt eine neu etablierte Wirtschaftsförderungsagentur (Atlantic Canada Opportunities Agency) die Aufgabe, Klein- und Mittelbetriebe bei der

Firmengründung oder -modernisierung zu unterstützen. Die Agentur erhält aus Bundesmitteln 1,05 Milliarden Dollar, mit denen sie in den nächsten fünf Jahren maßgeschneiderte Investitionsförderung betreiben kann. Überdies koordiniert sie alle bisher schon in der Atlantikregion bestehenden Wirtschaftsförderungsprogramme der Bundesregierung.

Chef der neuen Agentur ist Donald S. MacPhail, Kanadas bisheriger Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

Diversifizierung bestimmt auch die Arbeit eines zweiten von der Bundesregierung im August ins Leben gerufenen Wirtschaftsförderungsprogramms für die kanadischen Westprovinzen. Britisch Kolumbien, Alberta, Saskatchewan und Manitoba erhalten von Ottawa Finanzierungshilfen von 1,2 Milliarden Dollar, die in den nächsten fünf Jahren über eine „Initiative zur Diversifizierung im Westen“ in die mit-

telständige Wirtschaft investiert werden. Premierminister Mulroney kündigte sie als wirkungsvolles Instrument in der Hand der Westprovinzen an.

Die Wirtschaftsinitiative für den Westen hat ihr Hauptbüro in Edmonton und untersteht dem Bundesminister für die Entwicklung des Nordens und für Angelegenheiten der Indianer, William McKnight.

Die Ministerpräsidenten der vier Westprovinzen begrüßten die tatkräftige Unterstützung der Bundesregierung für ihre in wirtschaftliche Turbulenzen geratene Region. „Es ist, als ob man mit einem guten Traum aus einem langen Schlaf aufwacht“, meinte der progressiv-konservative Provinzchef von Saskatchewan, Grant Devine. Sein sozialdemokratischer Kollege, Ministerpräsident Howard Pawley (Manitoba) sagte es dem Premierminister direkt: „Aus diesem Mörtel sollten wir starke Fundamente schaffen.“

„Zum Nutzen beider Länder“

Kanada – USA: Freihandel



In buchstäblich letzter Minute – der 5. Oktober war der Stichtag, bis zu dem die Verhandlungen abgeschlossen werden mußten – ist es den größten bilateralen Handelspartnern der Welt, Kanada und den Vereinigten Staaten, gelungen, sich auf ein Grundsatzabkommen zu einigen, das zu einer umfassenden Liberalisierung ihrer Handelsbeziehungen führen soll.

„Das Abkommen enthält die wichtigsten Elemente eines Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten“, kündigte Kanadas Premierminister Brian Mulroney in Ottawa das erfolgreiche Ende der rund 18 Monate dauernden Verhandlungen an. Und er zeigte sich zuversichtlich, daß das Verhandlungser-

gebnis „positiv und ausgewogen allen Regionen Kanadas zugute kommen wird“.

Ein Freihandelsabkommen zwischen Kanada und den USA ist auch, so betonte der kanadische Regierungschef, für die internationalen Handelsbeziehungen „ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine internationale Liberalisierung des Handels“, wie sie in der derzeitigen Uruguay-Runde des GATT angestrebt wird.

In den nächsten drei Monaten wird es den beiden Regierungen überlassen sein, die Zustimmung des kanadischen Parlaments und der Provinzregierungschefs beziehungsweise des amerikanischen Kongresses einzuholen.